

115 Seiten

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1993

**Einzelplan 05 - Kultusministerium**  
**- Drucksache 11/4200 -**

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**11/1713**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen  
**des Ausschusses für Schule und Weiterbildung**

**Berichterstatter**

**Abgeordneter Frey**

**SPD**

### **Beschlußempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

### **I. Beratungsverfahren**

**Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Einzelplans 05, mit Ausnahme des Kapitels 05 810 - Förderung des Sports - und der Kapitel über die allgemeine Kulturförderung, und Artikel I § 21 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften (Schulbaumittel - Drucksache 11/4202) in seinen Sitzungen am 7. Oktober, 4. November und 25. November 1992 beraten.**

**Zur Erläuterung der Etatansätze des Sachhaushalts übersandte der Kultusminister die Vorlage 11/1545. Die Stellenbegründungen übersandte der Kultusminister mit Vorlage 11/1611.**

**Die im Rahmen der Beratungen aufgeworfenen Fragen beantwortete der Kultusminister mit den Vorlagen 11/1684 und 11/1777.**

**In der Schlußsitzung am 25. November 1992 wurde über die in der Anlage dargestellten Anträge abgestimmt.**

**Soweit erforderlich, werden weitergehende Beratungen und Begründungen nachfolgend aufgeführt.**

**Als Berichterstatter wurde der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung benannt.**

## **II. Anträge**

### **A Einzelplan 05 - Sachhaushalt**

- 1. Der Antrag der Fraktion der F.D.P. (Ifd. Nr. 4) wurde zusätzlich damit begründet, daß der Kultusminister die Aufgaben des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung mit erledigen könne. Die F.D.P.-Fraktion könne sich andere Möglichkeiten der regionalen Fortbildung vorstellen. Die eingesparten Mittel sollten sinnvollerweise dem Unterricht zufließen.**
  
- 2. Die Fraktion DIE GRÜNEN hat den nachstehend aufgeführten Antrag zurückgezogen:  
In Kapitel 05 140 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest  
wird die Titelgruppe "Aufbau und Entwicklung eines Beratungssystems für den Bereich interkulturelles Lernen" neu eingerichtet und mit 150 000 DM veranschlagt.**
  
- 3. Die Fraktion der CDU hat den nachstehend aufgeführten Antrag zurückgezogen:  
Kapitel 05 300 Titel 563 10  
Zuweisung an Gemeinden (GV) für Förderschulen für Spätaussiedler und Kinder ausländischer Arbeitnehmer sowie für bestimmte überregionale Sonderschulen.  
Der Ansatz wird um 300 000 DM reduziert.**

**Der genaue Wortlaut der zusätzlichen Beratungen und Begründungen ergibt sich aus dem Ausschußprotokoll vom 25. November 1992.**

## **B Einzelplan 05 - Personalhaushalt**

- 1. Zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Ifd. Nr. 3) bat der Sprecher der F.D.P.-Fraktion den Kultusminister darzulegen, wie die von ihm ermittelten Zahlen begründet seien und ob und wo sie im Einzelplan 05 Berücksichtigung fänden.**

Der SPD-Sprecher merkte an, der angesprochene Bereich sei zentraler Gegenstand des Kienbaum-Gutachtes gewesen. Seine Fraktion habe zunächst die Absicht einer schrittweisen Lückenschließung verfolgt, sich nach Beratung aber der Auffassung der Landesregierung angeschlossen, mit "der Lücke zu leben". Hierzu stelle seine Fraktion heute also auch keine Anträge. Es bleibe abzuwarten, wie sich die Haushaltslage in den Folgejahren entwickeln werde.

Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN forderte die Landesregierung auf, den Lehrern klarzumachen, daß sie schlechter dastehen als vor der Herausgabe des "Handlungskonzepts".

Die Sprecherin der Fraktion der CDU betonte, es müsse der Öffentlichkeit zu denken geben, wenn im Haushalt nur 15 zusätzliche Stellen ausgebracht würden, trotz erheblich gestiegener Schülerzahlen (ca. 40 000) und 3 000 Pensionären. Offensichtlich weigere sich die Landesregierung aufzuzeigen, wie die Versorgungslücke verantwortungsvoll geschlossen werden soll.
- 2. Den Antrag ihrer Fraktion (Ifd. Nr. 4) begründete die Sprecherin der GRÜNEN zusätzlich damit, daß die Mehrheit der Anträge bei den Unteren Schulaufsichtsbehörden abgewimmelt würde. Es sei aber ein höherer sonderpädagogischer Stundenanteil erforderlich. 85 Stellen des Kultusministers seien kontraproduktiv für eine integrative Förderung in den Schulen.**
- 3. Der Sprecher der Fraktion der F.D.P. erklärte, die schriftliche Begründung des Antrages (Ifd. Nr. 10) läge vor. Er weise aber nochmals darauf hin, daß die Grundschulzahlen um 3 % steigen würden. Die Lehrerversorgung müsse deshalb mithalten. Seine Fraktion wolle mit dem Antrag hierzu schwerpunktmäßig einen Beitrag leisten.**
- 4. Die Anträge der Fraktion der SPD (Ifd. Nrn. 15 und 32) bedeuten eine Verdoppelung der Zahl der Grundschulen mit Modellversuchen im Bereich der Integration, erklärte ihr Sprecher. Die Diskussionen hierzu gingen im Lande weiter. Auch seien die Schulen bereit, weiterzumachen. Dies gehe jedoch nur mit haushaltsmäßiger**

Untermauerung. Seine Fraktion sehe durchaus die Fortsetzung des Modellversuchs in der Sekundarstufe I. Schulen und Gemeinden hätten allerdings unterschiedliche Interessen. Alles sei deshalb nicht auf einen Schlag regelbar.

Nachdem der Kultusminister mitgeteilt habe, daß der Modellversuch zu Ende des Schuljahres auslaufe, befürchtete die Sprecherin der CDU-Fraktion durch die Verdoppelung der Stellen das Einläuten einer neuen Versuchsphase.

Auch der Sprecher der F.D.P.-Fraktion befürchtete, der Versuch werde ausgeweitet und als sogenannter wildwachsender Versuch weiter andauern, obwohl zunächst nach Beendigung des Versuches eine gesetzliche Regelung geschaffen werden müßte.

5. Zu dem Antrag (Ifd. Nr. 18) wies der Sprecher der F.D.P.-Fraktion auf die schwierige Haushaltssituation des Landes in den nächsten Jahren hin. Zur Motivation der Lehrkräfte müßten stärker Signale gesetzt werden. Seine Fraktion beabsichtige deshalb, an Realschulen weitere Möglichkeiten der Beförderung ab einer bestimmten Größenordnung zu schaffen.  
Dies sei ein erster Schritt. Der nächste Schritt müsse auf das Gymnasium übertragen werden.
  
6. Nachdem die Sprecherin der Fraktion der CDU zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Ifd. Nr. 34) erklärte, sie könne ihm nur zustimmen, wenn er sich nicht ausschließlich auf "Leiterstellen" beziehe, modifizierte die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN den Antrag dahingehend, daß die Worte "der Leitung" im letzten Satz der Begründung gestrichen seien.

Der genaue Wortlaut der zusätzlichen Beratungen und Begründungen ergibt sich aus dem Ausschußprotokoll vom 25. November 1992.

### **III. Gesamtabstimmung**

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 05 - Kultusministerium - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmte dem Artikel I § 21 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften (Schulbaumittel - Drucksache 11/4202), mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zu.

  
Frey  
Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung  
zum Einzelplan 05 - Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 020 Titelgruppe 90</b></p> <p>Erhöhung um 250 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die ausgelieferte Fortbildungsmaßnahme "Interkulturelles Lernen" soll fortgeführt und weiterentwickelt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>
2.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 140 Titel 512 20</b></p> <p>Erhöhung um 120 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Im Landesinstitut sollen Handreichungen für Interkulturelles Lernen mit Beispielen für die Unterrichtspraxis für die kollegiumsinterne Fortbildung erarbeitet und an die Schulen verschickt werden. Dabei sind für die Grundschulen 60 000 DM und für die Sekundarstufe I und II weitere 60 000 DM zu veranschlagen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 140 Titel 512 20</p> <p>Erhöhung um 15 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die zusätzlichen Mittel werden für die Entwicklung von Handreichungen für Türkisch als Begegnungssprache in der Grundschule eingestellt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>
4.	F.D.P.	<p>Kapitel 05 140</p> <p>Auflösung des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung - 15 700 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein CDU Enth.</p>
5.	CDU	<p>Kapitel 20 020 Titel 57 100</p> <p>Verminderung um 6 000 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Einsparungen von Zinsverlusten für die Landesregierung durch die Umstellung der Zahlungsweise der Landeszuwendungen in Höhe von 1 287 460 Mrd. DM im Jahr 1993 an die allgemeinbildenden und berufsbildenden Ersatzschulen infolge der Änderung des § 15 EFG (DS 11/4555) von quartalsweise auf monatlich. Vgl. dazu auch den Jahresbericht des Landesrechnungshofes über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1991/92, S. 63-66.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6.	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 427 10</p> <p>Streichung der Mittel</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die CDU lehnt die Einrichtung und personelle sowie sachliche Ausstattung der Expertenkommission "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft" ab.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>SPD nein</p> <p>GRÜNE nein</p>
7.	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 512 20</p> <p>Verminderung um 500 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Entsprechend Kienbaum-Gutachten: Reduzierung von Vorschriften und Richtlinien.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>SPD nein</p> <p>GRÜNE nein</p>
8.	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 526 00</p> <p>Verminderung um 67 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Geringer Bedarf für Gutachten im Bereich Bildungsplanung - Auswirkungen des Kienbaum-Gutachtens abwarten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>SPD nein</p> <p>GRÜNE Enth.</p>
9.	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 531 20</p> <p>Ansatz wird gestrichen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Kultusministerium hat einen Bekanntheitsgrad von 100 %.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>SPD nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10.	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titel 427 30</p> <p>Verminderung um 450 000 DM</p> <p>Begründung: Prüfungen gehören zum Hauptamt, deshalb nur Reisekostenansatz.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE Enth.</p>
11.	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titelgruppe 70</p> <p>Durchführung des Fernstudiums im Rahmen der Lehrerweiterbildung</p> <p>Der Ansatz wird gestrichen.</p> <p>Begründung: Dies ist eine Aufgabe des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein</p>
12.	CDU	<p>Kapitel 05 020 Titelgruppe 90</p> <p>Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten</p> <p>Verminderung um 8 450 000 DM</p> <p>Begründung: Kürzung ergibt sich als Konsequenz aus dem Kienbaum-Gutachten, das erhebliche Strafung des Fortbildungsangebotes auf notwendige Angebote und Streichung nicht primär unterrichtsbezogener Angebote verlangt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13.	CDU	<p>Kapitel 05 110 Titel 427 30</p> <p>Verminderung um 1 000 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Prüfungsvergütungen für die Zweite Staatsprüfung sind nicht erforderlich. Bei 7 100 Absolventen für die Erste Staatsprüfung und 2 700 für die Zweite Staatsprüfung, entspricht letzterer Teil gut 1/3 der Absolventen für die Erste Staatsprüfung. Bei einem Gesamtansatz von 3 Mio DM sind dies 1 Mio DM.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE Enth.</p>
14.	CDU	<p>Kapitel 05 120 Titel 527 10</p> <p>Verminderung um 750 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Für 148 Bedienstete sind 1,5 Mio DM Reisekosten vorgesehen = ca. 10 000 DM pro Bediensteten. Senkung der Reisekosten durch ortsnähere Zuweisung von Ausbildungsschulen/Seminaren prüfen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein</p>
15.	CDU	<p>Kapitel 05 130 Titelgruppe 60</p> <p>Zuschüsse für Maßnahmen der Entwicklungsarbeit in Entwicklungsländern</p> <p>Verminderung um 230 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung soll sich ureigenen landesspezifischen Aufgaben zuwenden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja SPD nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16.	CDU	Kapitel 05 140 Titel 511 ff Kürzung des Ansatzes für die sächlichen Verwaltungsaufgaben in Höhe von 3,0 Mio DM.	abgelehnt CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein
17.	CDU	Kapitel 05 140 Titel 524 10 Verminderung um 20 000 DM Begründung: Fachliteratur ist zu hoch veranschlagt.	abgelehnt CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein
18.	CDU	Kapitel 05 140 Titel 524 20 Verminderung um 105 000 DM Begründung: Die Sprachbereiche serbokroatisch, italienisch, griechisch, portugiesisch und spanisch müßten inzwischen hinsichtlich Lehr- und Lernmaterialien aufgearbeitet sein, so daß für Ergänzungen der Grundlagen der gekürzte Ansatz ausreichend sein müßte.	abgelehnt CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19.	CDU	<p><b>Kapitel 05 140 Titel 526 10</b></p> <p>Verminderung um 250 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der neue Ansatz ist ausreichend, um insbesondere die Curriculum-Kommissionen im Zusammenhang mit der Neuordnung der Berufe zu finanzieren. Die anderen Kommissionen und Arbeitsgruppen für schulsportliches Wettkampfwesen sind offensichtlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Lehrer im Sinne von Dauerbeschäftigungen zur Verstärkung des Unterrichtsausfalls. Effektivitätsnachweis dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen fehlt und wird vom KM nicht kontrolliert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein</p>
20.	CDU	<p><b>Kapitel 05 300 Titel 427 10</b></p> <p>Ansatz wird gestrichen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Vergütungen für nebenamtliche Tätigkeiten für wechselnde Unterrichtsmehr- und Ausgleichsbedarfe in bezug auf Schulversuche sind nicht erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21.	CDU	<p><b>Kapitel 05 300 Titelgruppe 80</b></p> <p>Durchführung von Schul- und Modellversuchen</p> <p>Der Ansatz wird um 3 000 000 DM reduziert.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Nach Kienbaum-Gutachten: "Begrenzung der Laufzeit von Schulversuchen und Auslaufen der Zuschläge bei Beendigung der Versuchsphasen, statt, wie heute, Umwidmung und Fortführung mit anderer Begründung z.B. Sek II und Kollegschule" aber auch Sek I.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein</p>
22.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 300 Titelgruppe 80</b></p> <p>Erhöhung der Position 8 um 600 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Im Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung ist ein neuer Forschungsschwerpunkt eingerichtet worden. Dabei geht es um die Verbesserung der Lern- und Entwicklungschancen für Mädchen und Frauen an allgemein- und berufsbildenden Schulen und Universitäten und die Verbesserung der Chancen beim Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung. Ziel ist es, die noch immer bestehende Diskriminierung von Mädchen und Frauen in allen Teilen des Bildungs- und Berufsbildungssystems zu überwinden.</p> <p>Die Landesregierung wird aufgefordert, zu diesem Projekt eigene Projekte in der BLK anzumelden und dafür den Ansatz von 600 000 DM bereitzuhalten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 539 20 129</p> <p>Erhöhung um 130 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Mit Rücksicht darauf, daß</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Ansatz von 270 000 DM seit dem Haushaltsjahr 1982 nicht erhöht worden ist,</li> <li>- der Förderbetrag noch im Jahre 1981 427 500 DM betragen hatte,</li> <li>- seit 1982 die Kosten für die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Unterhaltskosten für das Büro und laufende Kosten für Telefon, Papier und Porto ständig gestiegen sind,</li> <li>- der Anteil der Fördermittel, der für die eigentliche Arbeit der Landeschüler/innenvertretung, nämlich für Seminarveranstaltungen und Publikationen zur Verfügung steht, immer geringer geworden ist,</li> </ul> <p>ist die in den Erläuterungen zum Sachhaushalt zwar vorgesehene, im Haushaltsentwurf aber nicht umgesetzte Erhöhung des Titels um 10 000 DM auch als erster Schritt in einem Stufenplan zu niedrig. Schülerinnen und Schüler sollen mit der vorgesehenen Erhöhung in die Lage versetzt werden, ihre Interessen lautstark zu vertreten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU nein  F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
24.	CDU	<p>Kapitel 05 450 Titel 546 10</p> <p>Verminderung um 139 400 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Ausgewiesen sind in den Erläuterungen 18 600 DM für Begleitpersonal und 120 800 DM zur Verpflegung der Schüler der Laborschule Bielefeld. Rechtsgrundlage für diese Leistungen fehlt. Kann mit dem Zuschuß zur Verbilligung des Mittagessens für Schüler der privaten Sonderschulen mit Ganztagsbetrieb verglichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja  F.D.P. ja  SPD nein  GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
25.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 710</b></p> <p>Es werden die Titel "Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden" und "Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft" um den Anteil erhöht, den eine 5-prozentige Erhöhung der Personalkostenpauschale für hauptamtlich/hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter/innen der im Einzelplan des Kultusministers geführten Einrichtungen ausmacht.</p> <p>Es soll eine Dynamisierung des Haushaltsansatzes von 5 % vorgenommen werden.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Personalkostenentwicklung für hauptamtlich/hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter/innen und die Förderung des Landes haben sich so weit voneinander entfernt, daß von einer Kostendeckung durch das Land keine Rede sein kann. Dies betrifft insbesondere die Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft.</p> <p>Folglich sehen sich viele Träger nicht mehr in der Lage, freier werdende Stellen wieder zu besetzen. Ein Drittel der Stellen wird im Rahmen von Auftragsmaßnahmen, AB-Maßnahmen und befristeten Arbeitsverhältnissen finanziert.</p> <p>Angesichts der wachsenden Bedeutung der Weiterbildung sollte zumindest durch eine Dynamisierung der Personalkostenpauschale im Sinne einer jährlichen Anhebung von 5 % eine Verschlechterung des Angebots verhindert werden.</p> <p>Der Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in NRW hat errechnet, daß für eine entsprechende Erhöhung der Personalkostenpauschale für alle HPM's im Bereich des Kultusministeriums, der Landeszentrale für</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU nein  F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
26.	GRÜNE	<p>politische Bildung, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums einen Gesamtbetrag von 4,3 Mio DM für 1993 veranschlagt werden muß.</p> <p><b>Kapitel 05 710 Titel 653 20</b></p> <p>Erhöhung um 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen ist aufzunehmen:</p> <p>1,4 Ermessensmittel für die Kinderbetreuung</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Ohne Kinderbetreuungsangebote werden viele Frauen mit Kindern von der Weiterbildung ausgeschlossen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein F.D.P. nein CDU Enth.</p>
27.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 710 Titel 684 10</b></p> <p>Erhöhung um 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen ist aufzunehmen:</p> <p>1,5 Ermessensmittel für die Kinderbetreuung</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Ohne Kinderbetreuungsangebote werden viele Frauen mit Kindern von der Weiterbildung ausgeschlossen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein F.D.P. nein CDU Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
28.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 710 Titelgruppe 60</b></p> <p>Innerhalb der Titelgruppe 60 wird der Titel 653 60 - Zuweisung an Gemeinden (GV) um 4 Mio DM erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die schulabschlußbezogene Weiterbildung bleibt trotz der für 1993 angesetzten zusätzlichen 6 Mio DM unterhalb des Bedarfs für eine Sicherstellung des gegenwärtigen Angebots, von einem Ausbau ganz zu schweigen.</p> <p>Vor zwei Jahren errechnete der Landesverband der Volkshochschulen für die schulabschlußbezogenen VHS-Kurse einen Mittelbedarf von 10 Mio DM. Das Landesinstitut in Soest rechnet den Bedarf auf 7 Mio DM herunter. Der SPD-Arbeitskreis bezifferte den Bedarf auf 8,4 Mio DM.</p> <p>Die Aufstockung der Mittel dient allein zur Sicherstellung des gegenwärtigen Angebots. In einem nächsten Schritt müssen Mittel für die Übernahme von Aufgaben der Abendrealschulen bereitgestellt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU nein  F.D.P. nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen  
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung  
zum Einzelplan 05 - Personal**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 140 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 46 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Im Landesinstitut sollen für den Aufbau einer Beratungsstelle "Interkulturelles Lernen" zwei Stellen eingerichtet werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>
2.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 140 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 46 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Im Landesinstitut sollen zwei zusätzliche Stellen mit der Zielsetzung eingerichtet werden, Konzepte für die Einführung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen in den Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II zu entwickeln und die Schulen zu beraten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 78 660 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgender Zusatz aufgenommen:</p> <p>3 496 Stellen für die Unterrichtsversorgung in allen Schulformen nach dem "Handlungskonzept"</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die veränderten Bedarfsparameter zur Errechnung des Stellenbedarfs nach dem "Handlungskonzept" sind im Haushalt 1993 bei der Stellenberechnung nicht vollständig berücksichtigt worden. Wie das Kultusministerium selbst vorrechnet, ergibt sich auf der Basis des Handlungskonzepts ein zusätzlicher Stellenbedarf in allen Schulformen von 3 496 Stellen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Streichung aller kw-Vermerke.</p> <p>Die Stellen werden entsprechend dem Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer in den einzelnen Schulformen bei den Kapiteln dieser Schulform bewirtschaftet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 18 400 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird der folgende Zusatz aufgenommen:</p> <p>800 für den gemeinsamen Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen in allen Schulformen</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Immer mehr Eltern von Kindern mit und ohne Behinderungen wünschen die gemeinsame Erziehung ihrer Kinder im Kindergarten und den gemeinsamen Unterricht in der Schule. Da der gemeinsame Unterricht zur Zeit in den rechtlichen Regelungen nicht vorgesehen ist, wird den Schülerinnen und Schülern, die den gemeinsamen Unterricht wünschen, dieser im Rahmen von Schulversuchen ermöglicht. Die bestehenden integrativen Schulen decken den Bedarf aber bei weitem nicht ab.</p> <p>Der tatsächliche Bedarf kann derzeit nur grob geschätzt werden, da die Anträge von Schulträgern und Elterninitiativen, die dem Kultusministerium bekannt geworden sind, nur die "Spitze des Eisbergs" erkennen lassen.</p> <p>Zur Deckung des zusätzlichen Stellenbedarfs sind Nachqualifizierungsmaßnahmen in entsprechendem Umfang vorzusehen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 230 000 DM</p> <p>in die Erläuterungen wird der folgende Zusatz aufgenommen:  54 (44) Stellen für Mitarbeit in den Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Jugendlicher</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:  Durch die zusätzlichen 10 Stellen soll die Personalsituation der bestehenden Regionalen Arbeitsstellen verbessert und die Einrichtung einer weiteren Arbeitsstelle in Köln ermöglicht werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU nein  F.D.P. nein</p>
6.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 2 860 000</p> <p>In die Erläuterungen wird der folgende Zusatz aufgenommen:  130 (30) für neue Ganztagschulen</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:  Um dem steigenden gesellschaftlichen Bedarf nach Ganztagschulen nachzukommen, sollen diese Stellen der Umwandlung von Halbtagschulen in Ganztagschulen dienen. Dabei ist ein Zuschlag von 30 % der Grundstellenzahl zu gewähren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU Enth.  F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7.	CDU	Kapitel 05 010 Titel 422 10 Verminderung um 270 000 DM Begründung: Die CDU lehnt die Einrichtung und personelle sowie sachliche Ausstattung der Expertenkommission "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft" ab.	abgelehnt CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE Enth.
8.	CDU	Kapitel 05 120 Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Kürzung des Ansatz Studienseminare für die Ausbildung der Lehrer von um 176 800 000 DM 44 000 000 DM Begründung: Die Ausbildung der Lehrer in den Studienseminaren wird von 2 Jahren auf eineinhalb Jahre gestrafft. Die Einsparung wird ab Mitte 1995 haushaltswirksam.	abgelehnt CDU ja SPD nein F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.
9.	CDU	Kapitel 05 140 Titel 422 10 Verlagerung von 100 Personalstellen in die Schulkapitel. Begründung: Die Aufgaben, die das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest wahrnimmt, sind in diesem Umfang nicht erforderlich. Es bleibt eine Einrichtung der Lehrerweiterbildung mit wechselndem Personal.	abgelehnt CDU ja F.D.P. ja SPD nein GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10.	F.D.P.	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>550 zusätzliche Stellen für den Grundschulbereich, um den Schülerzuwachs von ca. 3 vH aufzufangen, dem bisher nur ein Stellenzuwachs von 438 Stellen (= etwa 1,4 vH) gegenübersteht = + 44 000 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>F.D.P. ja  CDU ja  GRÜNE ja  SPD nein</p>
11.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 14 080 000 DM</p> <p>Begründung:  Aufgrund der nicht vollständigen Einrechnung der bisher extra ausgewiesenen Zuschläge ergibt sich bei den Grundschulen ein Mehrbedarf von 640 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  CDU ja  F.D.P. ja  SPD nein</p>
12.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 528 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:  b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:  Die Erfahrungen im Ganztagschulbetrieb im Grundschulbereich haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl nicht ausreicht, sondern ein Zuschlag von 50 v.H. der Grundstellenzahl benötigt wird. Deshalb soll im ersten Schritt der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 24 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU Enth.  F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 9 504 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf für ausländische und ausgesiedelte Schülerinnen und Schüler - Zuschlagsrelation 90 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den Unterrichtsmehrbedarf wird der tatsächlich von der Grundschule zu leistenden Integrationshilfe nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 432 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU Enth.  F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 2 992 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schülerinnen und Schülern aus den ehemaligen Anwerbeländern (Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht) - Zuschlagsrelation 120 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird der tatsächlichen Nachfrage nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 136 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein F.D.P. nein CDU Enth.</p>
15.	SPD	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Es werden 45 zusätzliche Stellen zum Ausgleich von Unterrichtsbedarf für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schüler ausgewiesen. (Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Stellen auf 62)</p> <p>Zur Deckung werden 45 Stellen der Stellen für Lehrer, die an Fortbildungsmaßnahmen von mindestens halbjährlicher Dauer teilnehmen, in den Schulkapiteln gleichmäßig vom Kultusminister entsprechend abgesenkt. (siehe lfd. Nr. 32)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE nein F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16.	CDU	<p><b>Kapitel 05 310</b></p> <p>Erhöhung um 550 Stellen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Haushaltsentwurf 1993 weist für den Schulbereich 138 283 Lehrerstellen aus. Damit erhöht sich das Stellenoll des Jahres 1992 von 138 268 nur um 15 Stellen, obwohl die Gesamtschülerzahl von 1992 auf 1993 um ca. 42 000 Kinder gestiegen ist.</p> <p>Von der genannten Gesamtstellenzahl sind, rein rechnerisch gesehen, zum 1.1.1993 noch 2 028 Stellen sogenannte "Überhang-Stellen", d.h. mit kw-Vermerken belastet, weil sie infolge des Berechnungsmodus Schüler-Lehrer-Relation nicht abgedeckt sind.</p> <p>Über den 1.8.1993 hinaus betrifft dies nur noch die beiden Schulformen Hauptschule und Gymnasium.</p> <p>Die Schülerzahlen wachsen weiter an. Allein von 1992 auf 1993 läßt sich ein Anstieg von 41 890 Kindern verzeichnen. In einem internen Grundsatzpapier der Staatskanzlei geht man seitens der Landesregierung sogar davon aus, daß sich die Schülerzahl bis zum Jahr 2005 um weitere 460 000 Schüler erhöhen wird.</p> <p>Aufgrund der ungünstigen Altersstruktur der Lehrer werden die jährlichen Pensionierungsszahlen deutlich anwachsen. Der Kultusminister rechnet zum Anfang des Schuljahres 1993/94 mit rd. 3 000 Pensionierungen. In 3 Jahren werden es ca. 3 600, 8 Jahre später sogar 5 600 Abgänge pro Jahr sein. Wenn die Schülerzahl ihren voraussichtlichen Höhepunkt erreichen wird (wahrscheinlich im Jahr 2005), werden fast 6 500 Lehrer pro Jahr aus dem Schuldienst scheiden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja  F.D.P. ja  GRÜNE ja  SPD nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17.	GRÜNE	<p>Neben inhaltlichen und organisatorischen Maßnahmen sind zur Verbesserung der Unterrichtssituation dringend Neueinstellungen notwendig.</p> <p><b>Kapitel 05 320</b></p> <p>Es werden alle kw-Vermerke gestrichen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die kw-Vermerke sind zu streichen, da die sogenannten Überhänge erwiesenermaßen aufgebraucht sind und zur Deckung des rechtlich vorgeschriebenen Unterrichtsbedarfs benötigt werden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>GRÜNE ja  CDU ja  F.D.P. ja  SPD nein</p>
18.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 320 Titel 422 10</b></p> <p>Erhöhung um 5 148 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird folgender Zusatz aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen  - Zuschlag 30 (20) v.H.</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagsschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 234 Stellen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>GRÜNE ja  SPD nein  CDU Enth.  F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 320 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 2 354 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schülerinnen und Schülern aus den ehemaligen Anwerberländern (Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht) - Zuschlagsrelation 120 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird den tatsächlichen Bedürfnissen nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 107 Stellen.</p> <p><b>Kapitel 05 330 Titel 422 10</b></p> <p>Schaffung einer zweiten Realschulkonrektor-/Realschulkonrektorinnenstelle an Realschulen mit mehr als 540 Stellen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufstiegchancen an Realschulen an bundesweite Regelungen anpassen - neue Motivation schaffen. (Stellenplus A 14 ca. 40 = 240 000 DM)</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein F.D.P. nein CDU Enth.</p>
20.	F.D.P.	<p><b>Kapitel 05 330 Titel 422 10</b></p> <p>Schaffung einer zweiten Realschulkonrektor-/Realschulkonrektorinnenstelle an Realschulen mit mehr als 540 Stellen.</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufstiegchancen an Realschulen an bundesweite Regelungen anpassen - neue Motivation schaffen. (Stellenplus A 14 ca. 40 = 240 000 DM)</p>	<p>abgelehnt</p> <p>F.D.P. ja CDU ja SPD nein GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
21.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 330 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 748 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen</p> <p>- Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagsschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 34 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 330 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 748 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>c) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schülerinnen und Schülern aus den ehemaligen Anwerberländern (Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht) - Zuschlagsrelation 1 20 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird den tatsächlichen Bedürfnissen nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 34 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>SPD nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>CDU Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 340 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 1 104 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H. .</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagsschulbereich haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 48 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enth.</p> <p>F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
24.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 340 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 437 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>c) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schülerinnen und Schülern aus den ehemaligen Anwerberländern (Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht) - Zuschlagsrelation 120 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird den tatsächlichen Bedürfnissen nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 19 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein F.D.P. nein CDU Enth.</p>
25.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 340</p> <p>Es werden alle kw-Vermerke gestrichen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die kw-Vermerke sind zu streichen, da die sogenannten Überhänge erwiesenermaßen aufgebraucht sind und zur Deckung des rechtlich vorgeschriebenen Unterrichtsbedarfs benötigt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
26.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 3 450 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der nicht vollständigen Einrechnung der bisher extra ausgewiesenen Zuschläge ergibt sich bei den Gesamtschulen ein Mehrbedarf von 150 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. nein</p>
27.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 17 296 000 DM</p> <p>b) für Ganztagschulen - Zuschlag 30 (20) v.H. -</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagsschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 752 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein CDU nein F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
28.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung um 828 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>c) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schülerinnen und Schülern aus den ehemaligen Anwerberländern (Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht) - Zuschlagsrelation 120 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird den tatsächlichen Bedürfnissen nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 36 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja SPD nein F.D.P. nein CDU Enth.</p>
29.	SPD	<p>Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Besoldungsgruppen A 9/A 10 wird auf 47,5 % A 9 und 52,5 % A 10 festgelegt. Die Einzelheiten der Auswirkungen für die Schulkapitel sind wie folgt:</p> <p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer/Werkstattlehrer bisher 11 Stellen - jetzt 15 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 9 Fachlehrer/Werkstattlehrer bisher 17 Stellen - jetzt 13 Stellen</p> <p>Deckung: siehe lfd. Nr. 42</p>	<p>angenommen einstimmig</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
30.	CDU	<p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Bezüge der Beamten (und Richter) Ausgleiche für die Laborschule Bielefeld (f) sowie den vorübergehenden Lehrermehrbedarf (i)</p> <p>Einsparung von 811 Stellen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Gesamtschule wird in bezug auf Schüler-Lehrer-Relation und Zuschläge gegenüber den Schulen des gegliederten Schulsystems bevorzugt. Um eine gleichmäßige und gerechte Unterrichtsversorgung sicherzustellen, werden 195 Stellen für die Neugründung von Gesamtschulen, 20 Stellen für die Laborschule Bielefeld sowie 596 Stellen für die günstigere Schüler-Lehrer-Relation in der Sek I der Gesamtschule gestrichen und in die Schulkapitel verteilt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja  F.D.P. ja  SPD nein  GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
31.	CDU	<p><b>Kapitel 05 390</b></p> <p>Erhöhung um 200 Stellen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Haushaltsentwurf 1993 weist für den Schulbereich 138 283 Lehrerstellen aus. Damit erhöht sich das Stellen Soll des Jahres 1992 von 138 268 nur um 15 Stellen, obwohl die Gesamtschülerzahl von 1992 auf 1993 um ca. 42 000 Kinder gestiegen ist.</p> <p>Von der genannten Gesamtstellenzahl sind, rein rechnerisch gesehen, zum 1. 1. 1993 noch 2 028 Stellen sogenannte "Überhang-Stellen", d.h. mit kw-Vermerken belastet, weil sie infolge des Berechnungsmodus Schüler-Lehrer-Relation nicht abgedeckt sind.</p> <p>Über den 1.8.1993 hinaus betrifft dies nur noch die beiden Schulformen Hauptschule und Gymnasium.</p> <p>Die Schülerzahlen wachsen weiter an. Allein von 1992 auf 1993 läßt sich ein Anstieg von 41 890 Kindern verzeichnen. In einem internen Grundsatzpapier der Staatskanzlei geht man seitens der Landesregierung sogar davon aus, daß sich die Schülerzahl bis zum Jahr 2005 um weitere 460 000 Schüler erhöhen wird.</p> <p>Aufgrund der ungünstigen Altersstruktur der Lehrer werden die jährlichen Pensionierungszahlen deutlich anwachsen. Der Kultusminister rechnet zum Anfang des Schuljahres 1993/94 mit rd. 3 000 Pensionierungen. In 3 Jahren werden es ca. 3 600, 8 Jahre später sogar 5 600 Abgänge pro Jahr sein. Wenn die Schülerzahl ihren voraussichtlichen Höhepunkt erreichen wird (wahrscheinlich im Jahr 2005), werden fast 6 500 Lehrer pro Jahr aus dem Schuldienst scheiden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja  F.D.P. ja  GRÜNE ja  SPD nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
32.	SPD	<p>Neben inhaltlichen und organisatorischen Maßnahmen sind zur Verbesserung der Unterrichtssituation dringend Neueinstellungen notwendig.</p> <p><b>Kapitel 05 390 Titel 422 10</b></p> <p>Es werden 40 zusätzliche Stellen zum Ausgleich von Unterrichtsbedarf für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schüler ausgewiesen. (Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Stellen auf 97)</p> <p>Zur Deckung werden 40 Stellen für Lehrer, die an Fortbildungsmaßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer teilnehmen, in den Schulkapiteln gleichmäßig vom Kultusminister entsprechend abgesetzt. (Siehe lfd. Nr. 15.)</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE nein F.D.P. Enth.</p>
33.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 390 Titel 422 10 122</b></p> <p>Erhöhung um 1 150 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der nicht vollständigen Einrechnung der bisher extra ausgewiesenen Zuschläge ergibt sich bei den Sonderschulen ein Mehrbedarf von 50 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja CDU ja F.D.P. ja SPD nein</p>
34.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 390 Titel 422 10 122</b></p> <p>Erhöhung um 230 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Unter der Leitung des MAGS hat eine interministerielle Arbeitsgruppe das Konzept "Verbesserung der Frühförderung hörgeschädigter Kinder" erarbeitet. Zur Umsetzung dieser Richtlinien sind <b>10 Stellen</b> für die Einrichtung der Pädagogischen Beratungsstellen notwendig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja CDU ja SPD nein F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
35.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 390 Titel 422 10 122</p> <p>Erhöhung um 897 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erfahrungen im Ganztagsschulbetrieb haben gezeigt, daß der Zuschlag von 20 v.H. der Grundstellenzahl für den Betrieb von Ganztagssschulen nicht ausreicht, um ein qualitativ gutes und pädagogisch sinnvolles Ganztagsangebot zu realisieren. Deshalb soll der Zuschlag zur Grundstellenzahl von 20 v.H. auf 30 v.H. erhöht werden. Das bedeutet einen Mehrbedarf von 39 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja            CDU ja            SPD nein            F.D.P. Enth.</p>
36.	GRÜNE	<p>Kapitel 05 390 Titel 422 10 122</p> <p>Erhöhung um 483 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>d) zum Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf von Schülerinnen und Schülern aus den ehemaligen Anwerberländern (Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht) - Zuschlagsrelation 120 : 1</p> <p>Diese Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die neue Berechnungsgrundlage für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht wird den tatsächlichen Bedürfnissen nicht gerecht. Die Verbesserung der Zuschlagsrelation bedeutet einen Mehrbedarf von 21 Stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja            SPD nein            F.D.P. nein            CDU Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
37.	SPD	<p><b>Kapitel 05 390 Titel 422 10</b></p> <p>Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Besoldungsgruppen A 9/A 10 wird auf 47,5 % A 9 und 52,5 % A 10 festgelegt. Die Einzelheiten der Auswirkungen für die Schulkapitel sind wie folgt:</p> <p><b>Kapitel 05 390 Titel 422 10</b>  Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer an Sonderschulen  bisher 380 Stellen - jetzt 499 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer/Werkstattlehrer  bisher 10 Stellen - jetzt 13 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 9 Fachlehrer an Sonderschulen  bisher 590 Stellen - jetzt 471 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 9 Fachlehrer/Werkstattlehrer  bisher 15 Stellen - jetzt 12 Stellen</p> <p>Deckung: siehe lfd. Nr. 42</p>	angenommen  einstimmig

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
38.	SPD	<p>Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Besoldungsgruppen A 9/A 10 wird auf 47,5 % A 9 und 52,5 % A 10 festgelegt. Die Einzelheiten der Auswirkungen für die Schulkapitel sind wie folgt:</p> <p><b>Kapitel 05 410 Titel 422 10</b>  Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer/Werkstattlehrer  bisher 305 Stellen - jetzt 342 Stellen  Die Zahl der ku-Stellen bisher 45 - jetzt 0</p> <p>Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer an beruflichen Schulen die Zahl der ku-Stellen wird von 22 Stellen auf 11 Stellen gesenkt</p> <p>Besoldungsgruppe A 9 Fachlehrer/Werkstattlehrer  bisher 415 Stellen - jetzt 378 Stellen</p>	angenommen  einstimmig
39.	GRÜNE	<p><b>Kapitel 05 410 Titel 422 10</b></p> <p>Erhöhung um 15 640 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus langfristigen Berechnungen des Kultusministeriums zur Deckung des Unterrichtsbedarfs an den berufsbildenden Schulen geht hervor, daß von 1992 bis 1995 jährlich 570 Neueinstellungen erfolgen müssen. Da jedoch 1992 nur 250 Einstellungen erfolgten und auch für 1993 nur 250 Einstellungen erfolgen und auch für 1993 nur 250 Einstellungen vorgesehen sind, sollen zusätzlich 680 Stellen eingerichtet werden, um eine kontinuierliche Deckung des durch die Verbesserung der S-L-Relation entstehenden Bedarfs zu gewährleisten.</p> <p>Entsprechend der fächerspezifischen Mangel-situation sind die Bewerbungen für die allgemeinen Fächer voll zu berücksichtigen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>GRÜNE ja  CDU ja  SPD nein  F.D.P. Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
40.	CDU	<p><b>Kapitel 05 410</b></p> <p>Erhöhung um 250 Stellen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Haushaltsentwurf 1993 weist für den Schulbereich 138 283 Lehrerstellen aus. Damit erhöht sich das Stellensoll des Jahres 1992 von 138 268 nur um 15 Stellen, obwohl die Gesamtschülerzahl von 1992 auf 1993 um ca. 42 000 Kinder gestiegen ist.</p> <p>Von der genannten Gesamtstellenzahl sind, rein rechnerisch gesehen, zum 1.1.1993 noch 2 028 Stellen sogenannte "Überhang-Stellen", d.h. mit kw-Vermerken belastet, weil sie infolge des Berechnungsmodus Schüler-Lehrer-Relation nicht abgedeckt sind.</p> <p>Über den 1.8.1993 hinaus betrifft dies nur noch die beiden Schulformen Hauptschule und Gymnasium.</p> <p>Die Schülerzahlen wachsen weiter an. Allein von 1992 auf 1993 läßt sich ein Anstieg von 41 890 Kindern verzeichnen. In einem internen Grundsatzpapier der Staatskanzlei geht man seitens der Landesregierung sogar davon aus, daß sich die Schülerzahl bis zum Jahr 2005 um weitere 460 000 Schüler erhöhen wird.</p> <p>Aufgrund der ungünstigen Altersstruktur der Lehrer werden die jährlichen Pensionierungszahlen deutlich anwachsen. Der Kultusminister rechnet zum Anfang des Schuljahres 1993/94 mit rd. 3 000 Pensionierungen. In 3 Jahren werden es ca. 3 600, 8 Jahre später sogar 5 600 Abgänge pro Jahr sein. Wenn die Schülerzahl ihren voraussichtlichen Höhepunkt erreichen wird (wahrscheinlich im Jahr 2005), werden fast 6 500 Lehrer pro Jahr aus dem Schuldienst scheiden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU ja  F.D.P. ja  GRÜNE ja  SPD nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
41.	CDU	<p>Neben inhaltlichen und organisatorischen Maßnahmen sind zur Verbesserung der Unterrichtssituation dringend Neueinstellungen notwendig.</p> <p><b>Kapitel 05 440 Titel 422 10</b></p> <p>Bezüge der Beamten (und Richter) Versuchszuschlag Schulversuch</p> <p>Einsparung von 155 Stellen</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die CDU-Landtagsfraktion fordert seit geraumer Zeit die Beendigung und Auswertung des Schulversuchs Kollegschule.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU ja  F.D.P. ja  SPD nein  GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
42.	SPD	<p>Der Beförderungsschlüssel für Fachlehrer und Werkstattlehrer der Besoldungsgruppen A 9/A 10 wird auf 47,5 % A 9 und 52,5 % A 10 festgelegt. Die Einzelheiten der Auswirkungen für die Schulkapitel sind wie folgt:</p> <p><b>Kapitel 05 440 Titel 422 10</b>  Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer/Werkstattlehrer  bisher 74 Stellen - jetzt 97 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 10 Fachlehrer an beruflichen Schulen  bisher 5 Stellen - jetzt 6 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 9 Fachlehrer/Werkstattlehrer  bisher 121 Stellen - jetzt 98 Stellen</p> <p>Besoldungsgruppe A 9 Fachlehrer an beruflichen Schulen  bisher 7 Stellen - jetzt 6 Stellen</p> <p><u>Deckung</u></p> <p>Es ist mit Mehrkosten in Höhe von 1,1 Mio DM zu rechnen. Der Besoldungsaufwand für die Beförderungssämter ist in der pauschalen Berechnung des Gesamtstellenolls enthalten. (siehe lfd. Nrn. 29, 37, 38)</p>	angenommen einstimmig



Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und  
Finanzausschuß des Landtags  
Anlage zu Vorlagen 11/1711  
1712  
1713  
1715

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1993

Einzelplan 05: Kultusministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>05 030</u>	<u>Allgemeine überregionale Finanzierungen</u>			
632 10	Anteil des Landes an den Kosten der Einrichtungen der Kultusministerkonferenz	8.100.000	-334.000	7.766.000
685 52	Anteil des Landes an der Kulturstiftung der Länder	3.000.000	+ 634.000	3.634.000
<u>05 300</u>	<u>Schulen gemeinsam</u>			
681 30	Unterhaltsbeihilfen für Schüler nach dem Unterhaltsbeihilfengesetz NW	12.000.000	-300.000	11.700.000
<u>05 710</u>	<u>Weiterbildung</u>			
282 00	Zuwendungen der Unternehmensverbände für die kulturelle Betreuung der Bergarbeiter	268.700	-30.000	238.700
685 30	Zuschüsse für die kulturelle Bergarbeiterbetreuung	537.400	-60.000	477.400

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>05 760</u>	<u>Bibliothekswesen</u> Titelgruppe 60 Zur Förderung des Bibliothekswesens			
685 60	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <u>Erläuterungen:</u> In Ziffer 1. Satz 2 wird der Text "sowie als institutionelle Förderung der Bibliothek des gesamt europäischen Studienwerkes Vlotho e.V. 275.000 DM sowie 70.000 DM für die Buchfernleihe der NRW Justizvollzugsanstalten" gestrichen.	1.270.000	-345.000	925.000
<u>05 810</u>	<u>Förderung des Sports</u>			
893 10	Zuschuß für die Einrichtung eines Deutschen Sportmuseums in Köln  Verpflichtungsermächtigung:			
	Ansatz bisher:			9.700.000 DM
	Minderung:			<u>-3.000.000 DM</u>
	Ansatz neu:			<u>6.700.000 DM</u>
	<u>Erläuterungen:</u> Vorgesehen ist ein Zuschuß des Landes von <u>7.700.000 DM</u> .....			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
684 60	<p>Titelgruppe 60</p> <p>Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports</p> <p>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p><u>Erläuterungen:</u> Veranschlagt sind: 1a) Zuschüsse für die Entwicklung des Breitensports, ..... und für sonstige Maßnahmen</p> <p>....</p> <p>1c) <u>Zuschüsse zur Umsetzung des Programms "Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport"</u></p> <p>....</p> <p>Zusammen: <u>33.550.000 DM</u></p> <p><u>Anmerkung:</u> Hierzu liegt ein Beschluß des mitberatenden Ausschusses für Frauenpolitik vor, der eine Ansatzerhöhung um 100.000 DM auf <u>33.650.000 DM</u> vorsieht.</p> <p>Zuschüsse an Sonstige im Inland für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten</p> <p>Verpflichtungsermächtigung: Ansatz bisher: 8.000.000 DM Erhöhung: <u>2.000.000 DM</u> Ansatz neu: <u>10.000.000 DM</u></p>			
893 60				

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 820	<u>Förderung der Museen, der Musik, der bildenden Kunst und des Schrifttums</u>			
685 10	Zuschüsse an Sonstige im Inland zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit	400.000	+ 30.000	430.000
	<u>Erläuterungen:</u> .... <u>Mehr zur Unterstützung der Kooperation und Koordination im "Frauenkulturbüro" wegen gestiegener Kosten.</u>			
653 60	Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste	11.350.000	+ 300.000	11.650.000
	<u>Erläuterungen:</u> .... 2. Musikschulen			
	.... <u>Zusammen:</u>			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
685 60	Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musik- schulen und Musikpflege <u>Erläuterungen:</u> .... 4.4.2. Leistungsstarke Laienmusik- vereine sowie Chöre <u>495.000 DM</u> .... 5. Landesmusikakademie Nord- rhein-Westfalen in Heek <u>875.000 DM</u> .... Zusammen: <u>17.035.000 DM</u>	16.850.000	+ 185.000	17.035.000
685 80	<u>Titelgruppe 80</u> Förderung literarischer Zwecke Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <u>Erläuterungen:</u> .... 3. Zur Förderung der Gesellschaft für Literatur e.V. Nordrhein-Westfalen <u>65.000 DM</u> 4. Zur Förderung der Literaturbüros NW e.V. und des Literaturhauses in Bonn <u>425.000 DM</u> 5. Zur Förderung des <u>Archivs für</u> <u>alternatives Schrifttum</u> <u>50.000 DM</u> .... Zusammen: <u>815.000 DM</u>	730.000	+ 85.000	815.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
547 94	Titelgruppe 94 Kulturpräsentation Leipzig in Nordrhein-Westfalen	400.000	-100.000	300.000
685 94	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	200.000	-125.000	75.000
<u>05 830</u>	<u>Förderung von Theater, Film und Bild</u>			
653 40	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Theater	42.720.000	-200.000	42.520.000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	....			
	2. Förderung vertraglich vereinbarter überörtlicher und überregionaler Zusammenarbeit			
	....			
	Zusammen:			
				<u>5.850.000 DM</u>
				<u>42.520.000 DM</u>
685 20	Zuschüsse für das rheinisch-westfälische Theater- wesen	5.815.000	+ 200.000	6.015.000
	<u>Abschluß Einzelplan 05</u>			
	Einnahmen:	120.843.400	-30.000	120.813.400
	Ausgaben:	13.909.432.200	-30.000	13.909.402.200
	Verpflichtungsermächtigungen:	40.430.600	-1.000.000	39.430.600